



---

Per Mail

An den Kantonsratspräsidenten  
Karl Nussbaumer, Kantonsrat  
c/o Staatskanzlei Kanton Zug  
Seestrasse 2, 6300 Zug

Zug, 26. März 2024

---

**Interpellation der Fraktionen von FDP und SVP betreffend «Wie weiter mit der Verkehrspolitik im Kanton Zug?»**

---

Am 3. März 2024 lehnte die Zuger Stimmbevölkerung die Umfahrungen Zug mit 57 Prozent und die Umfahrung Unterägeri mit 53 Prozent ab. Vertreter aus dem linken Lager werten dieses Resultat offenbar als Auftrag, den Autoverkehr noch weiter zurückzudrängen. Aus unserer Sicht greift diese Argumentation zu kurz. Ohne die zahlreichen Neinstimmen aus bürgerlichen Kreisen, wären die Umfahrungen angenommen worden. Vor diesem Hintergrund sind vorab die Beweggründe der bürgerlichen Opponenten zu analysieren.

Aus Rückmeldungen von bürgerlichen Gegnern der Vorlagen kristallisieren sich diverse Argumente gegen die Umfahrungen heraus, die jedoch nichts mit ideologischen Ansätzen zu tun haben, darunter:

- Das geplante Portal der Gubelstrasse in Zug stehe am falschen Ort,
- Jahrelange Bauimmissionen in unmittelbarer Nachbarschaft seien unerwünscht,
- Die Kosten seien zu hoch für den erzielbaren Nutzen,
- Allfällige zu erwartende «flankierende» Massnahmen behinderten die Autofahrer andernorts.

Ein wesentlicher Teil der Neinstimmen richtete sich somit gegen die konkreten Bauprojekte, nicht aber gegen die Autofahrer per se. Dafür spricht auch eine kantonale Medienmitteilung vom April 2023, die aufzeigt, dass fast 70% der Kilometer, welche die Zuger Bevölkerung im Jahre 2021 zurücklegte, auf das Auto entfielen (ÖV 22 Prozent, Fuss- und Veloverkehr 9 Prozent). Dies, und dass nur gerade 18 Prozent der Zuger Haushalte über kein Auto verfügen, zeigt klar auf, dass die Zuger Bevölkerung grossmehrheitlich auch weiterhin selbst entscheiden will, mit welchem Verkehrsmittel sie sich bewegen will, und vor allem, dass sie weiterhin frei das Auto nutzen will. Ein basisdemokratischer Entscheid, der zwar nicht an der Urne, sondern durch offensichtliches Verhalten massiv deutlicher ausfällt als die Ablehnung der beiden geplanten Umfahrungen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir der Regierung folgende Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass das Nein zu den Umfahrungen kein Auftrag zur Verdrängung der Autofahrer aus den Ortschaften war?
2. Erachtet der Regierungsrat die Zuger Bevölkerung als ausreichend fähig, situativ selber den passenden Verkehrsträger zu wählen, ohne dass er sie diesbezüglich umerziehen, lenken, sensibilisieren oder finanziell in die Knie zwingen muss?
3. In der Medienmitteilung vom 3. März 2024 zu den Abstimmungsergebnissen schreibt die Baudirektion, dass nun der ÖV und der Langsamverkehr gefördert werden sollen. Zu den Hauptstosszeiten sind sowohl die Strassen wie auch der ÖV selber voll ausgelastet. Es fragt sich daher, wieviel Kapazität der ÖV vom Autoverkehr übernehmen könnte. Angenommen die Kapazitäten beim ÖV würden verdoppelt, wodurch sein Anteil an den Personenkilometern von 22 auf 44 Prozent steigen und jener vom Autoverkehr von 69 auf 47 sinken würde:
  - a) Mit welchen Kosten für eine solche Umsetzung wäre zu rechnen?
  - b) Könnte die bestehende Infrastruktur dies überhaupt absorbieren?
  - c) Glaubt der Regierungsrat, dass allein wegen der Angebotsausweitung dieses dann auch im entsprechenden Umfang genutzt würde?
  - d) Falls der gewünschte Umsteigeeffekt ausbliebe, würde der Regierungsrat dann Lenkungs- oder gar Zwangsmassnahmen gegenüber den Autofahrern anwenden? Wenn ja welche?
4. Bushaltestellen auf der Strasse, Verkehrsschikanen, Tempo-30-Zonen und 30-er Strecken mit unübersichtlichen Rechtsvortritten und suboptimal gesteuerte Lichtsignalanlagen (LSA) behindern den Verkehrsfluss, was zu längerer Fahrzeit und höherem Treibstoffverbrauch und damit höheren Schadstoffemissionen führt. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um den Verkehrsfluss rasch zu verbessern?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat, die Notfalleinsätze von Rettungsdiensten, Feuerwehr und Polizei (bzw. alle Blaulichtorganisationen) in Zukunft sicherzustellen, wenn die Achsen durch mögliche Hindernisse temporär blockiert sind?

Wir bedanken uns bei der Regierung für die Beantwortung unserer Fragen und verbleiben namens der beiden Fraktionen

mit freundlichen Grüssen

**FDP-Fraktion**

Michael Arnold, Baar  
Fraktionschef  
Kantonsrat

**SVP-Fraktion**

Philip C. Brunner  
Fraktionspräsident  
Kantonsrat